

35 copies

Marschale

ARCHIV FÜR SOZIALWISSENSCHAFT UND SOZIALPOLITIK

Begründet von

WERNER SOMBART, MAX WEBER und EDGAR JAFFE

In Verbindung mit

JOSEPH SCHUMPETER und ALFRED WEBER

herausgegeben von

EMIL LEDERER

Separat-Abdruck

aus

Band 51, Heft 2.



Diese Separatabdrücke aus dem „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“
sind im Buchhandel nicht käuflich,
sie werden in kleiner Anzahl nur für die Verfasser hergestellt. Jedoch kann das
betreffende Heft des Archivs, dem der Aufsatz entnommen ist, durch jede Buch-
handlung oder direkt vom Verlage bezogen werden.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

1923. Nr. III. XII. 500.

Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft.

Zur Mises'schen These vor der Unmöglichkeit sozialistischer
Wirtschaftsrechnung ¹⁾.

Von

JAKOB MARSCHAK.

I.

Die These von Mises ist klar und eindeutig. »Wo der freie Marktverkehr fehlt, gibt es keine Preisbildung; ohne Preisbildung gibt es keine Wirtschaftsrechnung« (S. 120). »Die Theorie der Wirtschaftsrechnung zeigt, daß im sozialistischen Gemeinwesen Wirtschaftsrechnung unmöglich ist« (S. 119). »Ohne Wirtschaftsrechnung keine Wirtschaft. Im sozialistischen Gemeinwesen kann es, da die Durchführung der Wirtschaftsrechnung unmöglich ist, überhaupt keine Wirtschaft in unserem Sinne geben. Es gäbe kein Mittel zu erkennen, was rationell ist, und so könnte die Erzeugung nicht bewußt auf Wirtschaftlichkeit eingestellt werden . . . Die Rationalität des Handelns wird von dem Gebiet, auf dem ihre eigentliche Domäne liegt, verdrängt. Wird es dann überhaupt noch Rationalität im Handeln, ja überhaupt noch Rationalität und Logik im Denken geben können. Geschichtlich ist der menschliche Rationalismus aus der Wirtschaft erwachsen. Wird er sich überhaupt noch halten können, wenn er von hier verdrängt sein wird« ²⁾ (S. 107).

Diese These birgt nun in sich eine Fülle von Anregungen theoretisch-ökonomischer und praktisch-politischer Natur. Wir beschäftigen uns hier nicht mit denjenigen teils wissenschaftlichen, teils ins

¹⁾ Ludwig Mises, Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Jena, Gustav Fischer. 1922. 503 Seiten. Dem Problem der Wirtschaftsrechnung ist insbesondere der II. Teil des Buches gewidmet, der die originellste Leistung Mises' darstellt. Vgl. auch seinen früheren Aufsatz über »Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen« (in diesem »Archiv«, 47. Bd.) und seine kritischen Ausführungen (»Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung«) in dem vorliegenden Hefte des »Archiv«. — Unsere Kritik beschäftigt sich lediglich mit dem Problem der Wirtschaftsrechnung.

²⁾ Mises, S. 447—498.

Tagespolitische übergreifenden Kämpfen, die das Buch von Mises in diesen Tagen ausgelöst hat — oder zu denen es doch einen nahen Anlaß gegeben hat — und die als die »Krisis der deutschen Sozialpolitik« bezeichnet werden. Wir begnügen uns hier damit, darauf hinzuweisen, daß auch für diese Kämpfe gerade die eben angeführte wirtschaftstheoretische These das logische Rückgrat abgegeben hat. Oder besser: das logische Sprungbrett. Steht und fällt die Wirtschaftsrechnung mit der unbeschränkten freien Konkurrenz, so ist jeder Schritt auf dem Wege der Beschränkung des freien Marktes als »Destructionismus«³⁾ zu bezeichnen; und die Errichtung eines sozialistischen Gemeinwesens ist nur ein Fall, wenn auch der äußerste Fall, der Wirtschaftszerstörung. Der ganze Ideenkomplex, der von der Ablehnung des absolut »freien« kapitalistischen Gesellschaftszustandes ausgeht und sich in der Sozialpolitik, in der Gewerkschaftsbewegung, in der Ausdehnung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft, dann auch in der bestimmten, sog. »sozialen« Gesinnung äußert, welche sich in der landläufigen Gesellschaftsmoral, ja sogar in der Kunst kundgibt⁴⁾, diese ganze Welt von Handlungen, Gedanken und Gefühlen, die, nach Mises' Meinung seit einigen Jahrzehnten nicht etwa bloß um die Herrschaft kämpft, sondern tatsächlich die Herrschaft besitzt, ist »Destructionismus«. Soll es so weitergehen, oder sollen gar weitere Schritte — zum Sozialismus nämlich — unternommen werden, so geht der heutige Wohlstand und Reichtum, ja unsere ganze Kultur verloren. Dieser Gedanke greift weit über das bloß Oekonomische hinaus. Der wirtschaftstheoretischen Fundierung folgt (im 4. und 5. Teil des Buches) eine ganz prinzipielle Untersuchung der Ausstrahlungen in die ethische und soziale Welt. Die Polemik, die dann in den sozialpolitischen sowie in den Interessentenkreisen entbrannte, benutzte diese prinzipielle Gedankenarbeit von Mises als willkommenen Ausgangspunkt, um sie aber von vornherein mit ganz anderen speziellen Fragestellungen — insbesondere dem Problem der Verarmung Deutschlands und der Frage »Produktion oder Verteilung« zu verquicken.

Was aber für die sozialpolitische Diskussion nur ein Sprungbrett ist, wird uns hier als die Hauptaufgabe beschäftigen: die These von der logischen Unmöglichkeit, Undenkbarkeit einer Wirtschaftsrechnung im Sozialismus.

II.

Im Kapitalismus gibt es nach Mises einen »genauen Wertkalkül«; im Sozialismus — nur »vage Schätzungen«⁵⁾. Insbesondere wird eine

³⁾ Vgl. insbesondere die Aufsätze von Herkner in dem »Arbeitgeber«, 1923, 3 und 8, ferner die Aufsätze von L. Brentano, v. Marr, L. Heyde, Ch. Leubuscher in der »Sozialen Praxis«, 1923, 12—25, sowie das »Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes«, 1923, Nr. 7, 8 und insbesondere II, die »Betriebsrätezeitung« 1923, Nr. 3. Damit ist das Verzeichnis der sehr umfangreichen Polemik, die sich an die Namen Mises und Herkner knüpft, bei weitem nicht erschöpft.

⁴⁾ S. 453 ff.

⁵⁾ S. 110.

Möglichkeit der gemeinwirtschaftlichen Wertrechnung für Güter höherer Ordnung und für die Anforderungen der »Dynamik« von Mises gelehrt⁶⁾.

Wie ist aber der Zusammenhang zwischen einer genauen Wirtschaftsrechnung und dem Vorhandensein eines kapitalistischen freien Marktes vorzustellen? Ist die kapitalistische Wirtschaftsrechnung ein genauer »Wertkalkül«? Ja, unter bestimmten Voraussetzungen, die von der ökonomischen Theorie aufgestellt werden. Diese Voraussetzungen werden als konstitutive Bedingungen eines theoretisch denkbaren Zustandes der absolut »freien Konkurrenz« verschiedentlich formuliert und bilden die Grundlage jeder nach der Abstraktionsmethode arbeitenden ökonomischen »Statik«. Wir finden derartige Formulierungen bei Edgeworth⁷⁾, bei Schumpeter.

Der letztere zählt u. a. folgende Voraussetzungen der freien Konkurrenz auf⁸⁾:

»Erstens: Die Zahl der Kontrahenten muß eine sehr große sein, streng genommen muß sie gleich unendlich sein. Denn nur dann wird das Intervall, in dem der Preis liegen muß, so klein, daß es als ein Punkt betrachtet werden kann.

... Drittens: Jedes Individuum muß mit jedem tauschen müssen ... und kein Individuum darf so mächtig sein, daß es, auch wenn andere dasselbe Gut anzubieten oder zu verlangen haben, Monopolpolitik betreiben kann«⁹⁾.

Treffen diese Voraussetzungen zu, und sind keine sonstigen »Reibungswiderstände« oder »Störungsursachen« vorhanden, dann ist eine theoretisch genaue, eindeutige Preisbildung möglich. Ist aber die Zahl der Tauschenden nicht unendlich groß, oder ist die Stellung auf dem Markte nicht für alle gleich, dann gibt es keinen eindeutigen feststellbaren Preis. Mathematisch ausgedrückt: Die Anzahl der Gleichungen ist dann geringer als die Zahl der Unbekannten. An die

⁶⁾ S. 146, 109.

⁷⁾ *Mathematical Psychics*, London 1881. Vgl. S. 18 ff. (»the conditions of a perfect field of competition are four ...« usw.), S. 42 (»contract is more or less indeterminate according as the field is less or more affected with the first imperfection, limitation of numbers«). Er schließt sich (auf S. 30) dem folgenden Satze von Courcelle-Seneuil an: »à mesure que le nombre des concurrents augmente, les conditions d'échange deviennent plus nécessaires, plus impersonnelles en quelque sorte.«

⁸⁾ Vgl. »Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie«, S. 271.

⁹⁾ Die zweite Schumpeter'sche Voraussetzung, nämlich die der unendlichen Teilbarkeit der Güter, ist für uns unwesentlich. Auch für sie gilt übrigens, wie für die beiden andern, daß ihr Abhandensein zu der Bildung eines Preisintervalls; statt eines eindeutigen Preises führt. Daß die bekannte Böhm-Bawerk'sche Formulierung des Preisgesetzes bei beiderseitigem Wettbewerb sehr kompliziert ausfällt (»Positive Theorie des Kapitals« III. Buch, II. Abschnitt, II D.), liegt eben hauptsächlich an der natürlichen Unteilbarkeit der Ware, an der das Beispiel gebildet wurde, nämlich des Pferdes.

Stelle des einen möglichen Preises tritt eine untere Grenze (unter welcher nicht verkauft wird) und eine obere Grenze (über welcher nicht gekauft wird). »Das Intervall, in dem der Preis liegen muß« wird um so größer, je mehr man sich von den Schumpeterschen Voraussetzungen entfernt. Jedes Fortschreiten auf dem Wege der Monopolisierung oder »Vergildung« eines Wirtschaftszweiges verengt immer mehr den Markt, macht die Schumpeterschen Voraussetzungen immer weniger zutreffend und polarisiert den eindeutigen »Konkurrenzpreis« in die beiden Grenzen des Monopolintervalls¹⁰⁾. Mit anderen Worten: nur wenn das Angebot bzw. die Nachfrage seitens eines der Konkurrenten im Vergleich mit dem Gesamtangebot bzw. der Gesamtnachfrage im exakten Sinne des Wortes verschwindend klein ist, führt das wechselseitige Ueber- und Unterbieten zur Herstellung eines allein möglichen Preisniveaus, das sich hinter dem Rücken jedes Einzelnen und nur durch die Gesamtwirkung aller Einzelnen bildet. Das Wasserniveau in einer gefüllten Röhre, die mit dem Ozean (oder, was das gleiche ist, mit einer unendlichen Zahl von kommunizierenden Röhren) in Kommunikation gebracht wird, ist eindeutig bestimmt: es wird genau so hoch sein wie das Niveau im Ozean; wird aber eine gefüllte Röhre nicht mit dem Ozean, sondern mit einer anderen Röhre in Kommunikation gebracht, dann kann — wenn nichts weiter bekannt ist, als nur die ursprünglichen Niveaus in den beiden Röhren — nur festgestellt werden, daß das gemeinsame Endniveau irgendwo im Intervalle zwischen den beiden ursprünglichen Niveaus liegen muß.

Man kann sagen: im allgemeinen hat die Preiserscheinung einen Intervallcharakter; nur im Grenzfall (unendlich großer homogener freier Markt) wird das Intervall gleich Null, der Preisausdruck eine ökonomisch genau bestimmbare Zahl, der »genaue Kalkül« möglich.

Obgleich diese allgemein bekannte Feststellung durchaus auf der Linie der Mises'schen Gedankengänge liegt und in der Tat für das Problem der Wirtschaftsrechnung wesentlich ist, weshalb wir uns mit ihm noch zu beschäftigen haben werden, schenkt Mises selbst einer anderen Seite des Problems (ohne sie jedoch von der eben erwähnten klar zu scheiden) mehr Aufmerksamkeit.

Diese andere Seite besteht darin, daß nur auf einem Markte sich Güterpreise, als extensive Größen bilden können. »Das Werturteil mißt nicht, es stuft ab, es skaliert« (Čuhel und nach ihm Mises)¹¹⁾. Der Wert ist eine intensive Größe. Der Preis ist hingegen

¹⁰⁾ Die von E. Lederer (Grundzüge der ökonomischen Theorie, 1922, S. 183) dargestellte Fassung des Monopolpreisproblems, die sich auf die Festsetzung des Punktes beschränkt, bei welchem die Größe Absatz \times Preis das Maximum erreicht, berührt nur die eine Seite der Frage: denn sie reicht nicht aus für den Fall, wo auf der Angebots- und Nachfrageseite Monopolisten einander gegenüberstehen. Auch Mises beschränkt sich in seinen durchaus nicht zureichenden Darlegungen über »Das Monopol und seine Wirkungen« (S. 375 ff.) auf jene engere Fassung. Vgl. auch schon Cournot, »Recherches sur la théorie mathématique des richesses sociales«, 1838.

¹¹⁾ S. 101.

eine extensive Größe: das Preisurteil muß nicht allein die Frage beantworten: »ob A größer oder geringer ist als B?«, sondern auch »wievielfach größer oder geringer?« Dies wird aber nur durch das Dazwischentreten des Geldes ermöglicht. Der »genaue Wertkalkül« ist eigentlich nur als »genauer Preis kalkül« möglich: was berechnet wird, sind nicht die Genußintensitäten, sondern die Tauschrelationen, extensive Bruchzahlen, in deren Zähler eine Zahl von Geldeinheiten, in deren Nenner eine Zahl von Warenmengeneinheiten erscheint. Eine eindeutige Zuordnung dieser extensiven Zahlen zu den Genußintensitäten wäre, exakt gesprochen, nur dann möglich, wenn sich mindestens eine Ware auffinden ließe, für die eine einfache Zuordnungsmöglichkeit zwischen Menge und Genußintensität a priori bestünde, so daß eine Brücke zwischen der Reihe der Warenmengen und der Reihe der Genußintensitäten sich mit Hilfe dieser Maßstabware aufbauen ließe. Nun unterscheidet sich äußerlich das Geld von allen anderen Gütern dadurch, daß es einer derartigen Maßstabware am nächsten — wenn auch nicht absolut nahe — kommt.

Die Theorie drückt dies so aus: als ein Gut, das zu sämtlichen Verwendungsarten sämtlicher Güter benutzt werden kann, weist das Geld die »flachste Wertfunktion« auf¹²⁾. Aber ganz horizontal würde diese Funktion erst dann verlaufen, und ein absoluter Maßstab würde erst dann gegeben sein, wenn die Zahl der Begegnungen von Geld und Ware eine unendlich große wäre — also wiederum in einem idealen Grenzfall, in dem Falle des »unendlich großen« Marktes. Der intensive, nur skalierbare, nicht meßbare Charakter der ökonomischen Größen erweist sich also — genau so, wie vorher deren Intervallcharakter — immer deutlicher, je weiter man sich von jenem Idealbild entfernt.

Verweilen wir noch einen Augenblick auf diesem Boden der abstraktesten Begriffszusammenhänge der Oekonomie. Während der

¹²⁾ Machen wir uns dieses Theorem klar. Hat ein Gut mehrere Verwendungsarten (z. B. Kohle zum Hausbrand und als Industriebrennstoff), und entspricht einer jeden von ihnen eine besondere Wertfunktion, die die Abnahme der Genußintensität bei Zunahme der Menge darstellt, so muß offenbar die Wertfunktion dieses Gutes unter Berücksichtigung seiner sämtlichen Verwendungsmöglichkeiten langsamer abnehmen, als jene Funktionen der Einzelverwendungen: denn es wird nicht zur Verwendung nach der Art A geschritten, wenn eine erste Verwendung nach der Art B einen größeren Genuß bringt; es werden von sämtlichen Verwendungsarten die »Spitzengenusse« abgeplückt, ehe man zu den tieferen Stufen der Intensitätskala schreitet — die Kurve, die die gesamten Verwendungsmöglichkeiten eines Gutes ausdrückt, ist also flacher (die Genußabnahme ist weniger merklich) als die Wertkurven der Einzelverwendungen desselben Gutes. Nun kann aber das Geld für sämtliche Verwendungsarten sämtlicher Waren gebraucht werden; seine Wertfunktion muß daher am allerlangsamsten abnehmen. (Cf. J. B. Clark, *The Distribution of Wealth*, 1908, S. 210 bis 212.) Daß aber auch diese Wertfunktion keine horizontale ist, ist empirisch bekannt: darauf ist ja der Gedanke der progressiven Einkommensteuer aufgebaut.

Intervallcharakter des Preises seiner eindeutigen Bestimmbarkeit, wie wir gesehen haben, wirklich im Wege steht, so daß die das Intervall ausweitende Monopolisierung das durch bloße ökonomische Motivationen eindeutig gestaltete »Gleichgewicht« in Frage stellt, ist dies bei dem Intensitätscharakter nicht der Fall. Wie Pareto¹³⁾ bewiesen hat, kann das Gleichgewicht auch beim Operieren mit intensiven Größen gefunden werden. Die unanfechtbaren Gedankengänge der Begründer der österreichischen Schule, die schon für den isolierten Wirt, für den es ja nur eine Intensitätskala und keine Preise gibt, eindeutige Relationen zwischen den auszubehenden und zu erwerbenden Gütern und Leistungen aufstellen, bestätigen die Richtigkeit dieser Behauptung. Eigentlich schließt sich ihr — in dieser theoretischen Form — auch Mises an, wenn er (S. 104—105) für die »geschlossene Hauswirtschaft, wo der Familienvater das ganze wirtschaftliche Getriebe zu überblicken vermag« die Möglichkeit der Wirtschaftsrechnung zugibt. Der Akzent verschiebt sich hier also von der Behauptung einer schlechthinnigen logischen Undenkbarkeit auf eine andere Behauptung: »der Geist eines Menschen allein — und sei es auch der genialste — ist zu schwach, um die Wichtigkeit eines jeden einzelnen von unendlich vielen Gütern höherer Ordnung zu erfassen«.

Die Frage der Bewertung der Güter höherer Ordnung wird nun die dritte sein (neben den Fragen des Intervall- und des Intensitätscharakters des in nicht absolut freier Konkurrenz entstandenen Preises), die für das Problem der Wirtschaftsrechnung von Wichtigkeit erscheint und von Mises besonders in den Vordergrund geschoben wird. »Da es in einer das Sondereigentum an Produktionsmitteln ausschließenden Gesellschaft keinen Markt für die Güter höherer Ordnung geben kann, so muß das sozialistische Gemeinwesen die Bewertung der Produktionsmittel aufheben« (S. 108). Dies sei aber für die Unmöglichkeit der gesamten Wirtschaftsrechnung entscheidend.

Bleiben wir auch hier zunächst auf rein theoretischem Boden stehen, und sehen z. B. auch davon ab, ob der »Gildensozialismus« sich mehr an das Prinzip der horizontalen oder an das der vertikalen Monopolbildungen anschließt (im ersten Falle würde ein — allerdings verengter, monopolistischer — Markt auch für Zwischenprodukte, im zweiten Falle ein etwas breiterer, aber nur für Endprodukte vorhanden sein; auch Misch- und Uebergangsformen sind leicht vorstellbar). Fragen wir uns nun, ob die Fusion mehrerer Zwischenstufen eines Produktionsprozesses in einer Hand die Kosten- und Ertragsrechnung er-

¹³⁾ Manuel d'Economie Politique, Paris 1909. Chap. III, 55 und Appendice §§ 1—10. »Toute la théorie de l'équilibre économique est donc indépendante des notions d'utilité (économique), de valeur d'usage, d'ophélimité, elle n'a besoin que d'une chose . . .«: Das Vorgezogenwerden einer Warenkombination vor einer anderen könne nämlich durch willkürlich abgestufte, also intensive, 'Indices' ausgedrückt bleiben, nur die mengenmäßigen Zusammensetzungen der Kombinationen müßten bekannt sein, diese seien aber ohne weiteres als extensive Zahlen vorhanden.

schweren, ob also auch umgekehrt die Zerschlagung einer vertikalen Erzeugungskette in mehrere ökonomisch voneinander unabhängige Glieder die Wertrechnung des Endproduktes erleichtern muß, so werden wir keinen derartigen Zusammenhang finden können. Auch eine bis ans Ende konsequent durchgeführte vertikale Konzentration, die alle Zwischenprodukte ihrer Marktgängigkeit berauben würde und die ganze Kette nur an den beiden extremen Gliedern — dem Genußgut und der Arbeitskraft — offen ließe, würde, wie die genaue Analyse dieses einfachen Falls des »Zurechnungsproblems« ergibt, keine Schwierigkeiten in der Wert- und Mengenbestimmung finden ¹⁴⁾.

Nun begegnen wir aber auch hier wiederum einer Akzentverschiebung. Die Betonung wird nicht mehr auf die Güterhöherer Ordnung (wie soeben, S. 104—106), sondern auf die Unmöglichkeit der Dynamik (S. 110) gelegt. Dies ist die vierte Frage, die uns beschäftigen muß. Wir folgen der in unserer Wissenschaft üblichen Tradition, wenn wir mit dieser Frage den Boden der »reinen« Oekonomie verlassen. Die wirtschaftlichen Aenderungen stehen in einem nicht wegzuabstrahierenden Zusammenhang mit der Welt des »Außerökonomischen«. Aber auch die übrigen drei Fragen müssen nun zu dieser Welt in Beziehung gesetzt werden.

III.

Die Ueberlegungen, die wir an die Frage des Intervallcharakters der Monopolpreise geknüpft haben, liegen eigentlich ganz

¹⁴⁾ Von den 4 Variablen, die den extremen Gliedern der Zurechnungskette zugeordnet sind — Menge und Wert der Genußgüter, Menge und Wert der Arbeitskraft — müssen (vorausgesetzt, daß die technischen Kostenzusammensetzungen bzw. die Kostenfunktionen — abnehmender Ertrag — bekannt und also die Renten eliminierbar sind) drei gegeben sein, um sämtliche Preise und Einkommen ins Gleichgewicht eindeutig bestimmen zu lassen. Darauf geht eigentlich auch die von E. d. Hei m a n n (Mehrwert und Gemeinwirtschaft, Berlin 1922, S. 184 ff.) vorgeschlagene (imperativische) »Preisregel« hinaus. — Sie besteht darin, daß die gemeinwirtschaftlichen (und zwar horizontalen) Genußgütermonopolträger, die als einer unorganisierten Verbraucherschaft gegenüberstehend gedacht werden, sich doch »unter Verzicht auf allen Monopolgewinn... stets an die untere Grenze des für den Preis freistehenden Spielraums« halten sollen. »Sobald auf dem Markte der Genußgüter ein wirklicher Wettbewerb herrscht, pflanzt sich der dadurch bestimmte Preisstand von dort ohne weiteres durch alle Erzeugungsstufen hindurch fort, wofern nur die Preisregel sinngemäß angewandt wird, und unabhängig von der Verfassung der Parteien auf den Märkten der Beschaffungsgüter.« Theoretisch genommen, ist der Heimannsche Vorschlag ein symmetrisches Gegenstück zu dem »Recht auf den vollen Arbeitsertrag«: dort wird als »Preisregel« die Obergrenze des Preises der Arbeitskraft, hier die Untergrenze des Genußgüterpreises gegeben. Die beiden extremen »Regeln« sind theoretisch klärend. Praktisch ist aber nicht einzusehen, warum die Gemeinwirtschaft lediglich Konsummarktregelung und keine Lohnregelung treiben soll oder auch umgekehrt.

in der Richtung der Mises'schen These: denn zweifellos wird dadurch die übliche, an die Theorie der freien Konkurrenz anknüpfende Auffassung der Wirtschaftsrechnung in Frage gestellt. Eine kleine empirische Einschaltung soll nun aber den Punkt zeigen, wo die Wege auseinandergehen. Die Einschaltung besteht in folgendem: die theoretischen (Schumpeterschen) Voraussetzungen der »absolut freien Konkurrenz« treffen heute tatsächlich nur in geringem und immer geringerem Grade zu. Die Zahl der Kontrahenten — gerade auf dem Produktionsmittelmarkt — wird immer geringer; und die gleichmäßige Zugänglichkeit des Marktes für alle wird illusorisch: infolge der in der Natur der Dinge liegenden, aber mit dem Vordringen der Schwerindustrie immer mehr an Wichtigkeit zunehmenden ungleichmäßigen Verteilung der Rohstoffquellen und infolge der Notwendigkeit immer größerer Kapitalien. Wir legen darauf Wert, zu betonen, daß diese Einschaltung eine durchaus empirische ist und die methodologische These von der Nützlichkeit des Abstraktionsverfahrens gar nicht tangiert. Unter den Voraussetzungen der freien Konkurrenz ist der »exakte Wertkalkül« möglich; was sich aber fragt, ist: was für ein Kalkül ist tatsächlich vorhanden, wenn diese Voraussetzungen nicht zutreffen. Dann werden offenbar keine eindeutigen Preise, sondern nur Preisintervalle zustande kommen. Die empirische Wirklichkeit von heute liegt irgendwo in der Mitte zwischen dem einen Extrem — der »freien Konkurrenz«, der »unendlich großen Kontrahentenzahl« — und dem anderen Extrem — der restlos monopolisierten Wirtschaft. Die Börse bietet das Bild, das dem theoretischen »freien Markt« am nächsten kommt: Die gelegentlichen Verabredungen und die beständige Ungleichheit in den Ueberblicks- und Beherrschungsmöglichkeiten seitens der Großen und Kleinen verzerren zwar dieses Bild; aber die Kommunikation jeder bedeutenden Börse mit allen anderen Börsen des Erdballs und die verfeinerte Technik des Börsengeschäftes heben diese »Reibungswiderstände« auf die Dauer auf, machen die Börse fast zu einem »unendlich großen« und »homogenen« Markt. Und doch kann uns auch das Bestehen der Börse nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Preise für Kohle, Eisen, Zement, die Transporttarife und die kollektiv vereinbarten Löhne heute nicht nach dem bloßen Gesetze des ökonomischen Gleichgewichts, nicht als »exakte«, einzig mögliche, sich selbst automatisch korrigierende Größen festgesetzt werden. Und zwar nicht etwa allein deshalb, weil der »natural price« der Theoretiker eine Abstraktion ist, denn das war er immer, — sondern deshalb, weil auch die theoretischste Konstruktion für den Monopolmarkt nicht einen eindeutigen Preis, sondern ein »Intervall«, eine Marge ergeben muß.

Eigentlich könnte auch dies alles in Einklang mit der Mises'schen Auffassung gebracht werden; auch der Monopolkapitalismus wäre als »Destruktionismus« aufzufassen, weil ja auch er sich von dem das ökonomische Optimum erzeugenden Mechanismus des absolut freien Marktes entfernt. Das würde auch mit der Behauptung von Mises übereinstimmen, die den ganzen Zeitraum des letzten Jahrzehnts als

den Herrschaftsbereich des Destruktionismus bezeichnet und auch in der Gegenwart allzu wenig antidestruktionistische Tendenzen entdecken zu können glaubt; allerdings denkt Mises dabei mehr an die sozialpolitischen Eingriffe des Staates, der Gewerkschaften, an die herrschende »soziale« Einstellung, als an die wirtschaftliche Umbildung, welche die ganze letzte Generation hat erleben müssen. Daß der »Destruktionismus« da ist und herrscht und reift und an ein Sterben nicht denkt — erkennt auch Mises, um es dann wieder zu vergessen. Wo er das erkennt, muß er sich dem Pessimismus ergeben und in spenglerisch anmutende Tiraden über »Nomadenstämme aus den Steppen des Ostens«, die »auf schnellen Rossen Europa plündernd durchstreifen«¹⁵⁾, verfallen; wo er es verißt — ergeht er sich in logisch unanfechtbaren Schilderungen des goldenen Mechanismus des free Trade, wie er in dem Zeitalter des vordestruktionistischen Kapitalismus bestanden haben mag. Uns will aber diese Alternative zwischen Pessimismus und Utopismus nicht erschöpfend erscheinen.

Je geringer die Zahl der Kontrahenten, um so breiter der Spielraum der möglichen Preise. Die Faktoren, die dann innerhalb dieses Spielraumes doch einen bestimmten Preis bedingen (welche also, mathematisch ausgedrückt, die zu einem vollbestimmten Gleichungssystem noch fehlenden Gleichungen liefern) werden vom Standpunkt der reinen Oekonomie als »Willkür« bezeichnet, und als »außerökonomische Daten« aus dem Feld der Betrachtung ausgeschlossen. Eine vollständige Betrachtung dieses wichtigen Gegenstandes darf sich aber mit dieser negativen und lediglich formalen Feststellung nicht begnügen, wie lehrreich vom methodologischen Standpunkte aus derartige Grenzbestimmungen zwischen Wissenschaftsgebieten auch sein mögen. Das ganze Residuum der preisbildenden Faktoren, das sich nicht in das »katallaktische« Definitionssystem einfügen, nicht aus der Fiktion des homo oeconomicus ableiten läßt, muß trotzdem Gegenstand der Sozialwissenschaft bleiben. Dieses Residuum wird um so wichtiger, je mehr wir uns von der Mitte des 19. Jahrhunderts, von dem historisch einzigartigen Augenblick des schon befreiten und noch nicht wieder gebundenen Marktes entfernen. Und — in den Terminis der aktuellsten Gegenwart gesprochen: die gesamte feine und noch wenig berührte Problematik des industriellen Schlichtungswesens und des modernen Großlieferungsvertrags gehört, soweit es sich um die Bewegung i n n e r h a l b der ökonomisch notwendigen Marge handelt, auch zu jenem Residuum¹⁶⁾.

Ein System der »außerökonomischen Faktoren« der Preisbildung darzustellen, kann hier nicht unsere Aufgabe sein; vielmehr muß hier

¹⁵⁾ S. 499.

¹⁶⁾ Wie wenig die höchst relevanten Grundtatsachen des Schlichtungswesens ins wissenschaftliche Bewußtsein eingedrungen sind, ist aus folgender Stelle des in diesem Hefte des Archivs veröffentlichten Aufsatzes von Mises ersichtlich (S. 491): »Solche Gegensätze können dann weder durch gemeinsame

festgestellt werden, daß diese Aufgabe zu den schwierigsten Problemgliedern in der Selbsterkenntnis der modernen Gesellschaft gehört. Nur die zwei wichtigsten seien hier erwähnt. Der eine ist der sog. »Machtfaktor«. Das Problem »Wirtschaft und Macht« sieht in unserer Wissenschaft auf mehrere Jahrzehnte zurück; daß es auch Marx nicht gelungen ist, eine restlos klare Stellung in dieser Frage einzunehmen¹⁷⁾, müßte Anlaß zum Nachdenken geben, auch wenn uns die

Ausschüsse, noch durch Gerichtshöfe geschlichtet (von uns gesperrt, J. M.) werden. Die Ausschüsse könnten nur dann den Streit austragen, wenn in ihnen der eine oder der andere Hauptverband das Uebergewicht hätte; sind beide gleich stark vertreten, dann kann es im Ausschuß zu keiner Entscheidung kommen. Hat aber der eine der beiden Verbände bei der Bildung oder im Verfahren des Ausschusses das Uebergewicht, dann liegt die letzte Entscheidung eben bei ihm. Ein Gerichtshof kann Fragen der politischen oder ökonomischen Praxis nicht bereinigen. Gerichte können immer nur auf Grund schon feststehender Normen, die sie auf den einzelnen Fall anzuwenden haben, ihre Sprüche fällen.«

Der Grundsatz des gegenwärtigen industriellen Kollektivvertrags- und Schlichtungswesens ist aber gerade: »Schlichten ist nicht richten.« Der Spruch der paritätischen Schlichtungsinstanz hält sich nicht an die alte Norm, sondern schafft eine neue; sie ist also kein Gericht im eigentlichen Sinne, obgleich andererseits auch von einem »zahlenmäßigen Uebergewicht eines Verbandes«, also von einem quasiparlamentarischen Mehrheitsbeschluß keine Rede ist. Vgl. hierzu Z i m m e r m a n n, Grundzüge und Grundprobleme des Schlichtungswesens (Kölner Vierteljahreshefte für Sozialwissenschaften, 2. Jahrg., Heft 2—3) und R. J o a c h i m, Zum Entwurf einer Schlichtungsordnung (ebenda). Mit der formalen Alternative — entweder Ausschuß mit Majoritätsprinzip oder Gericht — ist der Sache nicht geholfen. In der Schlichtungskammer wirken mindestens vier Elemente zusammen: die Abstimmung, die Subsumtion unter bestehende Normen oder Präzedenzen, der das Preisintervall bildende Marktkampf der Parteien (Druck von Angebot und Nachfrage) und die Solidarität der Parteien, die an der Aufrechterhaltung des friedlichen Ganges der betreffenden Industrie interessiert sind. Wir haben vor uns ein soziologisches Gebilde, das die einzelnen Züge der Gebilde: »Ausschuß mit Parteivertretung«, »Gerichtshof«, »Börse« und »Kollegialbehörde« in sich vereinigt und doch keines von diesen vier ist.

Dieses muß übrigens auch zum Nachdenken über die möglichen Triebfedern des Gebarens eines »Reichswirtschaftsrates« Anlaß geben. Es könnte sich allerdings herausstellen, daß man es unter den Verhältnissen der Gegenwart und der nächsten Zukunft beim RWR. mit einem wurzellosen juristischen Monstrum, und nicht, wie beim Schlichtungswesen, mit lebendigen sozialen Neuformungen zu tun hat. In diesem Falle würden die Schlüsse aus der wirklichen Tätigkeit des RWR., soweit sie über die verfassungsrechtliche Kasuistik hinaus ins Feld des soziologischen Studiums führen wollten, von zweifelhafter Bedeutung sein. Jedenfalls aber: daß die soziale Wirklichkeit immer neue Formen erzeugt, denen sich sowohl die Rechtsdogmatik wie jede andere — also auch die soziologische — Systematik erst anpassen soll, gehört ja zu den Grundlagen unserer Wissenschaft. Die Alternative: entweder Ausschuß oder Gericht — geht von der Systematik, nicht von der Wirklichkeit aus.

¹⁷⁾ Im »Elend der Philosophie« betont Marx, noch als Ricardos Nach-

historische Entwicklung selbst nicht mit solchem Nachdruck vor dieses Problem gestellt hätte. Die nähere Analyse dieses Problems ist neuerdings wieder von verschiedenen Seiten unternommen worden¹⁸⁾. Der andere »außerökonomische Faktor« ist die eigentümliche Bindung, die zwischen wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Personen und Gruppen, bei und trotz aller Interessengegensätze besteht¹⁹⁾. Wir haben diesen Faktor bereits anlässlich des Schlichtungswesens erwähnt (s. Anmerkung auf S. 509); beim Zollkrieg bzw. Zollvertrag üben die beiden außerökonomischen Faktoren ohne wesentliche Einmischung anderer Elemente ihre Wirkung aus. In allen diesen Fällen einigt man sich schließlich bei bestimmten Zahlen (Lohn-, Zollsätze), obschon der rein-ökonomische Marktmechanismus sich nicht restlos und eindeutig durchsetzt, sondern lediglich durch die dicke Schicht des außerökonomischen hindurch nur einen andeutenden Druck auf die »bargaining strategy« ausübt.

Wir sehen: die auf dem Boden der reinen Theorie unlösbare Frage des Intervallpreises findet ihre Erklärung auf dem Boden der sozialen Tatsachen. Umgekehrt: die theoretisch überwindbare Schwierigkeit, die mit dem Intensitätscharakter der ökonomischen Schätzung verbunden ist, wird sich praktisch als eine größere

folger, die exakte automatische Wirksamkeit des Arbeitswertgesetzes: »die Formel, welche Herr Proudhon uns als diejenige hinstellt, welche die Zukunft regenerieren soll, ist nur der wissenschaftliche Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse der gegenwärtigen Gesellschaft« (8. Aufl. S. 44). In den späteren Schriften wird es aber deutlich, daß auch das Marxsche Wertsystem insofern kein eindeutiges Gleichgewicht darstellen kann, als das Minimum des Profits überhaupt nicht gegeben ist, das Maximum aber seine Grenzen »im physischen Lohneinkommen und dem physischen Maximum des Arbeitstages« findet. »Es liegt auf der Hand, daß zwischen den zwei Grenzen dieses Maximums der Profitrate eine ungeheure Stufenleiter von Variationen zugleich ist... Die Frage löst sich auf in die Frage der relativen Kräfte der Kämpfenden« (nämlich der Arbeiter und des Kapitalisten). (Vortrag gehalten im Generalrat der Internationale am 26. Juni 1865. Von E. Bernstein unter dem Titel »Lohn, Preis und Profit« herausgegeben. 3. Aufl. Frankfurt 1910. S. 44). Vgl. ferner seine Stellung zum 10-Stundenbill im »Kapital« (Volksausgabe, S. 231 ff.).

¹⁸⁾ S. Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz? (Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 1914). Tugan-Baranowsky, Soziale Theorie der Verteilung. Berlin 1913. F. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Oekonomie, 1911, insbesondere S. 235—289. Schumpeter, Das Grundprinzip der Verteilungslehre (in diesem Archiv, Bd. 42). Hilde Oppenheimer, Zur Lohntheorie der Gewerkvereine, Heidelberger Diss. 1917. K. Liebknecht, Grundzüge einer Marxkritik (in diesem Archiv, Bd. 46; auch in den »Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung« abgedruckt, München, 1922, S. 247). Neuerdings: Karl Landauer, Grundprobleme der funktionellen Verteilung des wirtschaftlichen Wertes, Jena 1923, S. 3—54.

¹⁹⁾ Natürlich müssen diese »Faktoren« — ebensowenig wie etwa der Begriff des »Angebots« — nicht als irgendwelche »Substanzen« oder »Kräfte« gedeutet werden. Es handelt sich nur um Mittel zur Beschreibung gewisser wiederholbarer Tatbestände.

Schwierigkeit erweisen: ein Umstand, der bekanntlich dem Gildensozialismus einen entscheidenden Vorzug vor dem geldlosen Verwaltungssozialismus gibt. Auch die zwei anderen Fragen — die nach den Gütern höherer Ordnung und die der Dynamik — werden wir auf dem nicht rein »theoretischen« Boden noch zu behandeln haben.

Der Uebergang von den Tatsachen des Monopolkapitalismus zum Problem der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus wird nicht schwer fallen, wenn wir uns zunächst dem Gildensozialismus zuwenden. Der Fall einer in den Händen einzelner Produktionsverbände (die »vertikal«, »horizontal«, oder auch »regional« gedacht werden können) monopolisierten Wirtschaft, beim Fehlen einer entscheidenden zentralen Wirtschaftsinstanz, will Mises nicht als »Sozialismus«, sondern als »Syndikalismus« bezeichnen²⁰⁾. Wir wollen ihm darin gerne folgen: denn keine Nomenklatur kann uns davon befreien, den betreffenden Gegenstand doch untersuchen zu müssen. Die Nuancierung wird wohl darin liegen, daß der »Gildenkongreß« eher als »Gildenbörse« und die »Preisdekrete« als »Preisnotierungen« bezeichnet werden müßten, um jede Spur einer wirtschaftlichen Souveränität auszutilgen. Und doch ist es nur eine Nuance, eine fließende, keine starre Grenze, wie wir es eben auch beim Schlichtungswesen gesehen haben. Ein Markt und ein Parlament — Welch ein Gegensatz! Und doch: haben wir etwa nicht in den letzten Jahren, bei den Beratungen über den Steuerkompromiß oder die Getreideumlage diesen Gegensatz oft verschwinden sehen, die sich andeutende Verkoppelung der beiden Formen mit Schmerzen, ja mit Schrecken konstatieren müssen.

Die Scheidung zwischen Syndikalismus und Gildensozialismus muß — von soziologischem, nicht formal-juristischem Standpunkte aus — eine logisch fließende und zugleich auch eine historisch wandelbare sein. Denn auch beim Fehlen eines Organs, das als Träger eines sich unablässig betätigenden wirtschaftlichen Zentralwillens auftreten würde, muß die erwähnte »außerökonomische« Kraft der gegenseitigen Bindung der aufeinander Angewiesenen am Werke sein; und es liegt nichts näher als zu erwarten, daß ein Organ, das die aus anderen Wurzeln gespeiste gemeinschaftliche Einheit (für die Länder des europäischen Kulturkreises wohl: die nationale Einheit) verkörpert, auch Aufgaben zugewiesen bekommt, die jene Bindung geltend machen: als höchste Schiedsinstanz. Wir geben zu: dies führt uns dann durch weitere Nuancen hindurch zum Verwaltungssozialismus: die Arten der Kompetenzverteilung zwischen dem Zentrum und den »Gilden« können sehr mannigfaltig sein. Und steht auf dem einen Extrem der reine Syndikalismus, so stellt das andere ein solches System dar, in dem die Gilden

²⁰⁾ S. 120. Für den Syndikalismus gibt Mises keine allgemeine Kritik der Wirtschaftsrechnung; er beschäftigt sich in dem dem Syndikalismus gewidmeten Kapitel seines Buches (S. 257 ff.) vielmehr nur mit der Frage der Unmöglichkeit einer Dynamik.

bloße Verwaltungsdepartements des Zentralorgans sind. Sehen wir zu, welche Folgen für die Preisbildung das Ab- und Aufsteigen auf dieser Stufenleiter haben kann.

Nach dem extrem »syndikalistischen« Schema treten die Produzentengruppen (evtl. samt den Verbrauchervereinen) auf einem Markt zusammen, der den »Schumpeterschen Voraussetzungen« nicht Genüge tut und der daher nicht zur Bildung exakter eindeutiger Tauschrelationen führt, sondern lediglich Intervalle fortsetzt, welche zwischen den für den jeweiligen Käufer und den jeweiligen Verkäufer noch möglichen Tauschrelationen bestehen. Diese können im Zähler und im Nenner Warenmengen enthalten. Es ist aber nicht zu ersehen, warum nicht auch auf diesem Markt einige Waren, die eine größere »Marktgängigkeit« aufweisen, als Media eines indirekten Tausches mit all seinen bekannten Vorzügen hervordringen sollten, und warum von diesen Waren nicht schließlich zwei (Bimetallismus) oder gar eine (Monometallismus), nach dem Mengerschen, auch von Mises meisterhaft entfalteten Schema, auserlesen werden sollten, was den indirekten Tausch noch um vieles bequemer machen würde ²¹⁾. Schafft das Geld ab, es kommt doch wieder. Und die Wirtschaftsrechnung, auch wenn sie mit Ober- und Untergrenzen statt mit »genauen« Preisen operiert, ist auch dann eine Geldrechnung.

Die Rentabilität wird gewöhnlich durch eine Bruchzahl ausgedrückt, deren Zähler der Nettoerlös, deren Nenner die Kosten bilden. Was geschieht nun mit der Rentabilitätsrechnung unter der Herrschaft des Monopolsystems? Was geschieht mit jener Bruchzahl, wenn nun alle Preise ihren Intervallcharakter, der im Bilde der freien Konkurrenz vernachlässigt werden durfte, nunmehr in erheblichem Maße zur Geltung bringen? — Der Preis jedes einzelnen Kostenelements wird durch seine obere und untere Grenze ersetzt; die Summe der oberen Grenzen ergibt die obere Grenze, die Summe der unteren Grenzen ergibt die untere Grenze der Gesamtkosten. Ebenso muß der Bruttoerlös nicht den auf dem Markte bereits vorher eindeutig vorhandenen Produktpreis, sondern wiederum seine obere und untere Grenze berücksichtigen. Das Ergebnis — die Rentabilitätsgröße — wird also schließlich auch als »Intervall« erscheinen. Ist nun dies alles etwas prinzipiell Neues? Hat etwa die gewöhnliche Kalkulation mit solchen Preisen zu tun, die als »exakte« Elemente in den Zähler und Nenner eingehen? Werden nicht vielmehr die günstigsten und

²¹⁾ Vgl. Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, 1922, S. 4—9. Menger, Art. »Geld« im Handw. d. Staatsw., 3. Aufl. Die ältere Schumpetersche Auffassung, wonach der indirekte Tausch logisch notwendig sei, wird von Mises (a. a. O. S. 5 Anm.) mit Recht verworfen (vgl. übrigens auch die spätere Schrift von Schumpeter, »Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige« in diesem Archiv Bd. 44, S. 627). Eine andere Frage ist aber die der soziologischen Unentrinnbarkeit des Geldwesens, welche, z. B., auch Alfred Weber veranlaßt, das Geld den Elementen der »objektiven Zivilisation« zuzurechnen. (»Prinzipielles zur Kulturosoziologie« in diesem Archiv, Bd. 47, S. 18).

ungünstigen Möglichkeiten gleichzeitig in Betracht gezogen? Um also zu erwägen, ob die aus dem Intervallcharakter des Monopolpreises erwachsenden theoretischen Schwierigkeiten als »wirtschaftszerstörend« zu betrachten seien, muß ein durchaus empirischer Vergleich angestellt werden, — ob nämlich die aus dem Monopolismus erwachsende »Unexaktheit« der Preisbildung, im Vergleich mit den in der »freien« Kalkulation bereits bestehenden (Risiko-)Intervallen so unermeßlich groß sei, daß man es an den praktischen Ergebnissen merken könnte? Nun haben zwar die heutigen Kartelle und Konzerne Fühlung mit dem »freien« Markt, so daß einzelne Elemente der Kosten und des Erlöses immerhin noch »exakt« bestimmt werden könnten; aber man hätte doch, beim Fortschreiten der Monopolisierung irgendeine Spur von »Zerstörung« merken müssen; daß man sie nicht merkt, läßt darauf schließen, daß sie durch die Vorteile der monopolistischen Wirtschaftsrechnung ausgelöscht wird.

IV.

Diese Vorteile liegen aber gerade auf denjenigen beiden Gebieten, die durch Mises' Skepsis besonders betroffen werden: auf dem Gebiete der Wirtschaftsrechnung für Güter höherer Ordnung und auf dem Gebiete der Dynamik.

Die moderne Krisentheorie kommt immer bestimmter zu der Feststellung, daß die Konjunkturwelle keine dem ökonomischen Mechanismus notwendig inhärente Erscheinung ist, daß sie vielmehr in der mangelhaften Reaktionsfähigkeit der einzelnen Elemente liegt, die die eintretenden Disproportionen nicht sofort ausgleichen, sondern anwachsen lassen, so daß eine Aufblähung der einen (»übermäßige Kapitalisation«), oder ein Nachhinken der anderen Elemente (»Nachhinken des Geldzinses«²²⁾ zustande kommt. Der industrielle Fortschritt hätte durch das Hervortreten großer gebundener unbeweglicher Anlageformen der Schwerindustrie die Elastizität, die Anpassungsfähigkeit noch weiter in ungeheurem Maße vermindern müssen, wenn nicht auf der anderen Seite der Prozeß der Monopolisierung die Reaktionen (»Gegendeformationen«) der ökonomischen Größen dadurch erleichtert hätte, daß er sie von den Dispositionen einer geringen Anzahl die Produktionswelt überblickender Wirtschaftssubjekte abhängig machte. Schon durch die bloße Konzentration wird der Ueberblick und der Eingriff erleichtert. Durch die vertikale Konzentration aber — das heißt gerade durch diejenige Form, die den Markt der Güter höherer Ordnung durch eine interne Verrechnung ersetzt und daher Mises besonders gefährlich erscheinen müßte, — wird dieser Umstand noch weiter verstärkt: liegt die Erzeugung von dem Rohstoff bis zum fertigen Konsumgut in einer Hand, so ist selbstverständlich die gleichmäßige Anpassung an die Schwankungen auf allen Stufen ermöglicht, und es wird leichter, der Disproportion, insbesondere der Ueberproduktion auf den höhern Stufen vorzubeugen.

²²⁾ Vgl. z. B. J. Fisher, »Kaufkraft des Geldes«, Kap. IV.

Diese Tatsachen werden auch durch die Erfahrung bestätigt, »daß die letzten allgemeinen Wirtschaftskrisen vor dem Kriege dank dem Eingreifen der großen Kartelle wesentlich milder als die früheren verliefen«²³⁾.

Daß die interne, nur auf die Daten des End- und Urproduktenmarktes und auf die technischen Proportionsverhältnisse der Erzeugungselemente gestützte Ver- und Berechnung der Produktionsergebnisse der einzelnen Stufen innerhalb eines »Konzerns« ohne Hilfe eines Zwischenproduktenmarktes möglich, ja vorteilhaft ist, dürfte klar sein. Für die »Statik« ist auch Mises geneigt, dieses zuzugeben, um es um so energischer für den Fall der »dynamischen« Wirtschaft zu bestreiten. Hierbei muß man aber zweierlei unterscheiden: 1. Die Fähigkeit eines Wirtschaftssystems, sich den »außerwirtschaftlichen« Veränderungen, insbesondere der Erschöpfung der Bodenkkräfte und der Bevölkerungsvermehrung anzupassen. 2. Die Fähigkeit eines Wirtschaftssystems, die akkumulierten Werte produktiv unterzubringen und neue und bessere Produktionswege einzuschlagen²⁴⁾.

²³⁾ Ed. Heilmann, Mehrwert und Gemeinwirtschaft, S. 187. In für ihn charakteristischer, die sozialistische wie die liberale Pathetik in theoretischen Dingen maßvoll vermeidender Weise, schreibt Heilmann: »Für das Ausmaß der Erzeugungsänderungen, welche zum Ausgleich einer Preisverschiebung vorgenommen werden müssen, gibt es (in der Gemeinwirtschaft) ebensowenig wie in der Verkehrswirtschaft eine allgemeine Regel; hier entscheidet der Versuch, der sich auf eine möglichst genaue Waren- und Marktkenntnis stützen muß. Aber doch erscheint die Vermutung berechtigt, daß das neue Gleichgewicht eher durch die Anordnungen einer (oder weniger? J. M.) den ganzen Markt beherrschenden Stelle erreicht werden kann, als durch das Eingreifen einer Mehrzahl von privaten Erzeugern, welche den Markt nicht vollkommen überblicken, einander auch nicht über ihre jeweilige Maßnahmen unterrichten. Der Mangel an Fühlung unter ihnen verschuldet dann leicht ein zeitweiliges Hinausschießen über den vorgeschriebenen Punkt, insbesondere bei der Erweiterung der Erzeugung, und bedeutet so das einzige Körnlein Wahrheit in dem irreführenden Wort von der anarchischen Erzeugungsweise des Kapitalismus.«

²⁴⁾ Es ist eine lediglich terminologische Frage, ob nicht auch die in dem zweiten Falle wirksamen Kräfte z. B. die Initiative der Wirtschaftsleiter — als »außerwirtschaftlich« zu betrachten seien; dadurch würde Wirtschaftstheorie mit Statik identifiziert und ein homo dynamicus dem homo oeconomicus gegenübergestellt. Vgl. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Kap. II. Mises faßt die dynamischen Einflüsse in 6 Gruppen zusammen: 1. natürliche Umwelt, wozu insbesondere die Erschöpfung der Bodenkkräfte und der Verbrauch von Holzbeständen und Lagern von Mineralien gehört; 2. Veränderung in der Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung; 3. Veränderungen in der Größe und Beschaffenheit der Kapitalgüter; 4. Aenderungen in der Produktionstechnik; 5. Aenderungen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit; 6. Aenderungen des Bedarfes (S. 185 f.). Offenbar handelt es sich bei der zweiten und sechsten Gruppe um die Frage der Anpassungsfähigkeit des Wirtschaftssystems, bei der dritten, vierten und fünften um seine Fähigkeit zum selbsttätigen Fortschritt. Diese beiden Fragen haben wir uns im Texte gestellt.

Zu dem ersteren haben wir uns bereits bei dem Hinweis auf das Konjunkturproblem geäußert: die Aufhebung des »freien Marktes« erschwert nicht die Anpassung, sondern erleichtert sie. An die Stelle der nie existierenden »katallaktischen Atome« (Edgeworth), die in der Theorie mit absolutem Ueberblick über die gesamten Tauschmöglichkeiten ausgestattet und daher absolut anpassungsfähig sind, in der Praxis aber durch menschliche Individuen mit engem Gesichtsfeld und geringen Handlungsmöglichkeiten vertreten sind, treten nun in dem theoretischen wie in dem tatsächlichen Bild die wenigen mit Ueberblick und Potenz Ausgestatteten. Das System ist dadurch elastischer, reaktionsfähiger, also auch den von außen kommenden Veränderungen eher gewachsen. Gerade wenn man die außerwirtschaftlichen Veränderungen ins Auge faßt, verliert der von Mises theoretisch gepriesene Vorzug des freien Marktes: Bildung »exakter« Preise, welche nur dann als Kalkulationsgrundlagen hingenommen werden können, seine Relevanz. Noch mehr gilt dies — wir gehen hiermit zu dem zweiten Fall der »Dynamik« über — für die aus dem Wirtschaftssystem selbst erstehenden Veränderungen. Gerade die Befreiung vom »exakten Marktniveau« ist es, die den mächtigen Wirtschaftssubjekten die Verwirklichung wirtschaftlicher Zukunftspläne ermöglicht. Die Eisenbahngesellschaft, die durch niedrige Tarife neue Gebiete »erschließt«, die Einkaufsgenossenschaft, die ihre Preispolitik auf die Förderung neuer Produktionsmethoden bei den Erzeugern einstellt, der Staat, welcher durch landwirtschaftliche Meliorationsmaßnahmen das Kaufkraftniveau und den Eingang der indirekten Steuern steigert, betätigen sich durchaus nicht »unwirtschaftlich«; und doch hat ihr Rentabilitätskalkül keine »exakten«, sich auf einem Markt mit elementarer Objektivität bildenden Preise zur Grundlage.

»Auch bringt es die Größe, Kraft und gesicherte Lage, ferner auch die weiterblickende, fähigere Leitung vieler Monopole mit sich, daß in ihrer Preispolitik die Zukunft²⁵⁾ und bewußtes Manövrieren viel mehr hervortritt, als bei einer großen Menge von Konkurrenten, die in höherem Maße nur tun, was sie müssen, in höherem Maße dem Strome der Dinge folgen und deren Handeln mehr von den Verhältnissen erzwungen wird — mehr geschoben wird als schiebt . . .«²⁶⁾.

V.

Die für das Monopolsystem geltenden Behauptungen müssen sich, soweit es sich allein um die Frage der Möglichkeit einer Wirtschaftsrechnung handelt, auch auf ein »Gildensystem« anwenden lassen. Denn das unterscheidende Merkmal liegt nicht in der Art der Beschlußfassung über herzustellende bzw. einzutauschende Güter-

²⁵⁾ Von uns gesperrt.

²⁶⁾ Schumpeter, Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, S. 268.

mengen und deren Relationen, also nicht in der Art der ökonomischen Willensbetätigung, sondern in der Art der Willensbildung. Das unterscheidende Merkmal ist: Demokratie. Ob nun die Wählbarkeit der Wirtschaftsleiter oder nur ein gewisses Mitbestimmungsrecht und eine Mitverantwortungspflicht der Ausführenden mit den Produktionszwecken zu versöhnen, ob andererseits eine — dem Egalitätsprinzip widersprechende! — Stimulierung der Initiative oder der Leistungsintensität mit der Demokratie vereinbar sind, ob hier endlich auch vorläufige Kompromisse und deren organische Weiterbildung zu reicheren Formen denkbar und möglich sind, dies alles hat mit der Frage der Wirtschaftsrechnung, wie sie von Mises unzweideutig gestellt ist, nichts zu tun.

Dadurch wird die Wichtigkeit der Frage der Willensbildung nicht geleugnet. So viel kann aber auch in dem Rahmen dieses Aufsatzes behauptet werden: Der Syndikalismus ist ein System, das die geringste Abweichung von dem heute herrschenden wirtschaftsegoistischen Menschentypus verlangt; innerhalb der Syndikate herrscht eine weitgehende Homogenität der Wirtschaftsinteressen, der Genuß- und Arbeitsleidskalen. Je mehr man sich hingegen dem »zentralistischen« Sozialismus nähert, je mehr sich neben und vor die konkreten Interessengemeinschaften, der auf viel abstrakteren Bindungen begründete Staat hervordrängt, um so problematischer wird die Möglichkeit wirtschaftlicher Willensbildung. Ein anderes Problem ist auch hier das der wirtschaftlichen Willensbetätigung eines derartigen alle Wirtschaftsgruppen zusammenfassenden und als Träger des »Gemeinwohls« erscheinenden Subjekts.

Dieser Frage der Willensbetätigung wenden wir uns zuerst zu, da sie mit der Frage der Wirtschaftsrechnung im engsten Zusammenhang steht, und wie diese, theoretisches Gepräge hat. Wie läßt sich die preisbildende Rolle des »Staates« vorstellen? Schon als eine ad hoc anzurufende Schiedsinstanz muß der »Staat« irgendwelche »Gesichtspunkte« für die Preisbeurteilung haben; diese »Gesichtspunkte« werden aber selbst einen immer größeren Teil, des bereits öfters genannten »Preisintervalls« ausmachen, in dem Maße, als der Staat vom bloßen Schiedsspruch zum beständigen aktiven Eingriff übergeht, in dem Maße also, als man sich dem »Verwaltungssozialismus« nähert. Wollen wir die Wirtschaftsrechnung für ein System analysieren, das irgendwo in der Mitte zwischen den beiden Extremen liegt, dann müssen wir uns fragen, wie ein rechnerischer Ausdruck dieser preisbeeinflussenden Gesichtspunkte des Staates denkbar ist; und erst recht muß diese Frage an den Verwaltungssozialismus gestellt werden.

Die theoretische Schwierigkeit scheint nun in dem auf S. 504 ff. erwähnten Intensitätscharakter der vor der Berührung mit dem Markte entstehenden ökonomischen Größen zu bestehen. Die »Gesichtspunkte« des Staates können natürlich nur Schätzungen sein, keine extensive Größen (keine Mengen, auch keine Mengen-

relationen). Wir haben aber bereits gesehen, daß diese Schwierigkeit, wenn man sie wirklich bloß theoretisch auffaßt, ein Vorurteil ist, was schon durch die bloße Möglichkeit einer isolierten Wirtschaft, die sich durchaus nicht auf Güter erster Ordnung beschränken muß, bewiesen ist. Daß in einer zwischen Syndikalismus und Verwaltungssozialismus liegenden Uebergangsform die Indizes der Schätzungsskala des »Staates« in Geldeinheiten ausgedrückt werden können, liegt auf der Hand; sie würden dann in der Gestalt der Auf- und Abschläge auf die auf dem Monopolmarkt entstandenen Preisgrenzen auftreten. Dieses Verfahren, das für Polanyi²⁷⁾ die Hauptfrage bildet, scheint uns keine besondere Problematik zu besitzen, und ist eigentlich in jedem Steuersystem bereits antizipiert²⁸⁾.

Viel entscheidender ist hingegen die Frage der Willensbildung. Denn ist einmal ein einheitlicher, organisierter Gesamtwille zustande gekommen, dann kann von der »Willkür« in der Wirtschaftsrechnung ebensoviel oder ebensowenig die Rede sein, wie in

²⁷⁾ Theoretisch genommen kann aber eine Wirtschaftsrechnung auch dann zustande kommen — beim Fehlen eines Marktes nämlich — wenn die Rentabilität nicht in Geld ausgedrückt wird. Nimmt man den »Zentralwillen« als bereits irgendwie gegeben an, dann kann die Theorie allein nichts an der verwaltungssozialistischen Wirtschaftsrechnung aussetzen. Stellt man auf der einen Seite eine Skala für die Qualitäten bzw. Wünschbarkeitsgrade der Erzeugnisse auf, bildet man andererseits »Normativformeln«, welche die normale Kostenzusammensetzung (in zweckmäßig — also konventionell — abgewogenen Natureinheiten) ausdrücken, so kann die Beziehung zwischen der Zahl der Qualitäts- (bzw. Wünschbarkeits-)punkte und der prozentuellen Ablenkung der tatsächlichen Naturalkosten von der Norm, ein Maß des wirtschaftlichen Effektes geben. Natürlich setzt die zweckmäßige Bestimmung der »Punkte« und Gewichtskoeffizienten eine langwierige empirische Vorarbeit voraus, die außerdem immer wieder erneuert werden muß, wenn die Produktionsverhältnisse nicht erstarren sollen. Immerhin: die konventionellen Messungen intensiver Größen (mit denen man sämtliche arithmetische Operationen vornehmen kann), wie sie bei der Schülersauslese (Noten) oder in der Viehzucht (Qualitätsnoten, die sich aus der Abschätzung einzelner Elemente zusammensetzen) gebraucht werden, lassen bei genügender empirischer Unterlage eine große Verfeinerung zu. Das gilt sowohl von der Seite des »Ertrags« (Abschätzung der Qualität und Wünschbarkeit), wie von der Seite der »Kosten« (Abschätzung der Ablenkung der tatsächlichen von den normalen Naturalausgaben, also: Abschätzung der Qualität des Betriebs). Es läßt sich theoretisch denken, daß ein wirtschaftlicher Beschluß — ob Fortsetzung, Stilllegung oder Erweiterung des Betriebes — sich auf eine derartige Rentabilitätsrechnung stützen kann. (Wir verdanken diese Schilderung einer möglichen Naturalrechnung einer Mitteilung von Prof. Tschayanoff-Moskau, der uns auch auf die neuen diesbezüglichen russischen — lediglich theoretischen — Versuche verwiesen hat.) Auf die Einzelheiten der Fragen der reinen Naturalrechnung gehen wir aber aus dem Grunde nicht ein, weil sie für uns durch die andere Schwierigkeit, durch die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Willensbildung nämlich, erledigt ist.

²⁸⁾ »Archiv für Sozialwissenschaft«, Bd. 49: »Sozialistische Rechnungslegung.«

der Hauswirtschaft: die Wertbestimmungen des Wirtschaftssubjektes sind ja kein störendes, sondern gerade das grundlegende Element jeder Werttheorie; die quasi-theoretischen Erwägungen über die Unmöglichkeit einer Kalkulation haben in diesem Falle in Wahrheit keinen theoretischen Boden. Die eigentliche Schwierigkeit besteht vielmehr darin, daß ein derartiger Zentralwille an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden muß, wenn er sich wirtschaftlich — d. h. in erster Linie wertend — betätigen soll. Vielleicht kann man diese Voraussetzungen unter dem Begriff der weitgehenden Homogenität der Wertskalen zusammenfassen. Für gewisse, übrigens: die wichtigsten Güter, die sogenannten Massenartikel, ist sie allerdings in weitem Maße vorhanden²⁹⁾, Will aber der Staat auch die weniger homogenen Bedürfnisse wirtschaftlich befriedigen, oder stellen wir dem Verwaltungssozialismus die Aufgabe, sich einem Fortschritt im Sinne der Bedarfsdifferenzierung anzupassen, so ist es klar, daß zur Erfüllung dieser Aufgabe ein bloß auf Wirtschaftsegoismen aufgebauter Gesamtwille nicht ausreicht, daß er den Markt nicht ersetzen kann. Andere Faktoren müssen sich dann bei der Willensbildung ergänzend beteiligen: der Machtzwang, die solidarische Bindung.

Es ist die Aufgabe des politischen Tatsachen- und Maßgeföhls — oder auch: des historischen Schicksals, die Frage zu entscheiden: Welcher Punkt zwischen dem Monopolismus und dem staatlichen Eingriff würde jeweils bei den gegebenen und wie auch immer sich wandelnden Verhältnissen den größtmöglichen Einfluß des zentralen, das »Gemeinwohl« tragenden Willens, bei der möglichst geringen Inanspruchnahme der außerökonomischen Faktoren ergeben. Diese Frage ist eigentlich die Frage aller modernen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Prinzipiell ist sie gleich für Sozialisten und Nichtsozialisten. Was die ersteren unterscheidet, ist ihre von vornherein demokratische Korrektur, die sie in die Willensbildung der Monopolgebilde hineinbringen.

* * *

Soweit die gesamtpolitische Frage. Was aber das theoretische Problem der Wirtschaftsrechnung anbelangt, so glauben wir festgestellt zu haben: die Misessche These »in dem sozialistischen Gemeinwesen ist die Wirtschaftsrechnung unmöglich«, ist nicht erwiesen. Weder die Schwierigkeit, die aus der Verengung des Marktes und aus der Preisbildung in »Intervallen« folgt; noch die Schwierigkeiten der Wirtschaftsrechnung für die Güter höherer Ordnung; noch die Schwierigkeiten, die sich aus der Dynamik des Wirtschaftslebens ergeben mögen; noch die Schwierigkeit, die an den Charakter des Wertes als intensive Größe anknüpft, sind für die Unmöglichkeit

²⁹⁾ Eine wesentliche Ausnahme bilden die Narkotika, insbesondere Tabak. Daher bildet auch Mises seine Beispiele mit Vorliebe an den Rauchern und Nichtrauchern, an Zigarren und Zigaretten. »Die Gemeinwirtschaft«, S. 147, »Die Wirtschaftslegung im sozialistischen Gemeinwesen«, Archiv, Bd. 47, 3, 91.

520 Jakob Mazschak, Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft.
einer »Wirtschaftsrechnung« außerhalb des freien Konkurrenzmarktes,
also auch der Wirtschaftsrechnung eines sozialistischen Gemein-
wesens entscheidend ³⁰⁾.

³⁰⁾ Pareto, der theoretisch wie politisch von den Anschauungen Mises' im allgemeinen nicht sehr entfernt sein dürfte (vgl. noch L. Bortkiewicz' Aufsatz in Schmollers Jahrbuch, 1898: »Die Grenznutzentheorie als Grundlage einer ultraliberalen Wirtschaftspolitik«), kommt jedoch in der uns hier interessierenden Frage zu einem resignierenden Schluß: »En résumé, l'économie pure ne nous donne pas de criterium vraiment décisif pour choisir entre une organisation de la société basée sur la propriété privée et une organisation socialiste. On ne peut résoudre ce problème qu'en tenant compte d'autres caractères des phénomènes« (a. a. O. S. 364).

Band 51.

INHALT DES ZWEITEN HEFTES

(Dezember 1923.)

	Seite
I. ABHANDLUNGEN.	
Zur Theorie des Geldmarktes. Von Dr. ALBERT HAHN, Frankfurt a. M.	289
Cassels System der theoretischen Nationalökonomie. II. Von Professor Dr. ALFRED AMONN, Prag	322
Die Presse. Eine kulturphilosophische Studie. Von Professor JULIUS GOLDSTEIN, Darmstadt	362
Die geschichtsphilosophischen Anschauungen Bismarcks. Ein Versuch. Von Dr. VALENTIN GITERMANN, Zürich	382
Studien über Britisch-Indien III. Von Dr. KARL KOLWEY, Gauting bei München	441
II. LITERATUR.	
Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung. Von Professor Dr. LUDWIG MISES, Wien	488
Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft. Zur Mises'schen These von der Unmöglichkeit sozialistischer Wirtschaftsrechnung. Von Dr. JAKOB MARSCHAK, Heidelberg	501
Arbeitsrechtliche Literatur. Von Ministerialrat Dr. GEORG FLATOW, Berlin	521
L. Walras, Theorie des Geldes. Entgegnung — Replik — Duplik. Von RADITZ-AMONN-RADITZ	528
III. LITERATUR-ANZEIGER.	
	539

Voranzeige.

Das 3. Heft des 50. Bandes wird voraussichtlich enthalten:

I. Abhandlungen: 1. Prof. Dr. Alexander Tschajanow, Moskau: Zur Frage einer Theorie der nichtkapitalistischen Wirtschaftssysteme. 2. Prof. Dr. V. Mildschuh, Prag: Kreditinflation und Geldtheorie. 3. Prof. Achille Loria, Turin: Beiträge zur ökonomischen Theorie der sozialen Klassen. 4. Prof. Dr. Hans Ehrenberg, Heidelberg: Ideologische und soziologische Methode. 5. Dr. Karl Löwenstein, München: Zur Soziologie der parlamentarischen Repräsentation in England seit der 1. Reformbill. 6. Paul Olberg, Berlin: Sowjet-Rußlands Wirtschaftspolitik und die russische Agrarrevolution. 7. Dr. Benedikt Kautsky, Wien: Die Lohnstatistik in Oesterreich. 8. Dr. E. J. Gumbel, Heidelberg: Der Einfluß des Krieges auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland.

II. Literatur: 1. Prof. Dr. Karl Vorländer, Münster i. W.: Katholizismus und Sozialismus. 2. Prof. Dr. Paul Mombert, Gießen: Neuere Literatur zur Bevölkerungsfrage. 3. Prof. Dr. Adolf Weber, München: Depositenbanken und Spekulationsbank. (Eine Erwiderung.) 4. Dr. Felix Weil, Frankfurt a. M.: Gildensozialistische Rechnungslegung. 5. Dr. Max Adler, Wien: Neuere Literatur über Marxistische Probleme. 6. Dr. Karl Kolwey, Gauting bei München: Zwei Indier über ökonomische Probleme in Indien.

Zuschriften und Zusendungen sind an die Redaktion des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik in Heidelberg, zu Händen des Herrn Dr. A. von Schelting, Hauptstraße 236, zu richten. Manuskriptsendungen ist Rückporto beizufügen.
